

II-1078 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

4.3.1968

476/A.B.

zu 482/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Bauten und Technik Dr. K o t z i n a
auf die Anfrage der Abgeordneten M e i ß l und Genossen,
betreffend Vergabe von Aufträgen an Firmen, die in Bestechungsaffären ver-
wickelt waren.

-.--.-.-

Auf die Anfrage, welche die Abgeordneten Meißl und Genossen in der
Sitzung des Nationalrates am 26.1.1968 betreffend Vergabe von Aufträgen an
.Firmen, die in Bestechungsaffären verwickelt waren, an mich gerichtet ha-
ben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Anlässlich der Beantwortung der kurzen mündlichen Anfrage Nr. 248 des
Herrn Abgeordneten Dr. Emil van Tongel in der Fragestunde des Nationalrates
am 19.7.1966 habe ich bereits darauf hingewiesen, daß die Vergabe von
Straßenbauarbeiten an Baufirmen nur im Wege der von der Bundesregierung als
verbindlich erklärten ÖNORM A 2050 erfolgen kann.

Nach diesen Bestimmungen ist es überhaupt nicht möglich, bei einer
öffentlichen Ausschreibung einzelne Unternehmungen von vornherein von der
Erstellung eines Angebotes auszuschließen. Ein solcher Ausschluß könnte nach
Prüfung aller Umstände, gegebenenfalls erst im Zuge des Zuschlagsverfahrens
erfolgen.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß der bloße Verdacht einer straf-
baren Handlung nicht ausreicht, ein Unternehmen von der Zuschlagserteilung
auszuschließen. Soweit dem Bundesministerium für Bauten und Technik bekannt
geworden ist, wurden bisher weder Inhaber einer Baufirma noch leitende An-
gestellte eines solchen Unternehmens im Zusammenhang mit den Vorfällen in
der Bauwirtschaft gerichtlich rechtskräftig verurteilt.

Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung müßte geprüft werden,
ob die Zuverlässigkeit des Unternehmens noch gegeben ist. In jedem Fall
muß aber bedacht werden, daß es sich in der Regel um große Unternehmungen
handelt, die zum überwiegenden Teil im Bundesstraßenbau beschäftigt sind,
und im Falle des Ausschlusses eines solchen Unternehmens die Existenz einer
großen Anzahl von Arbeitnehmern gefährdet ist.

Im Hinblick auf meine obigen Ausführungen erübrigt sich derzeit die
Frage zu prüfen, ob jene Firmen, die allenfalls in Bestechungsaffären ver-
wickelt waren, listenmäßig zu erfassen und für eine bestimmte Zeit von An-
botstellungen auszuschließen wären.

-.--.-.-